

Freie Demokraten



Landtagsfraktion
Baden-Württemberg **FDP**

POSITIONSPAPIER DER FDP-FRAKTION IM LANDTAG

Neue Impulse in der Energiepolitik

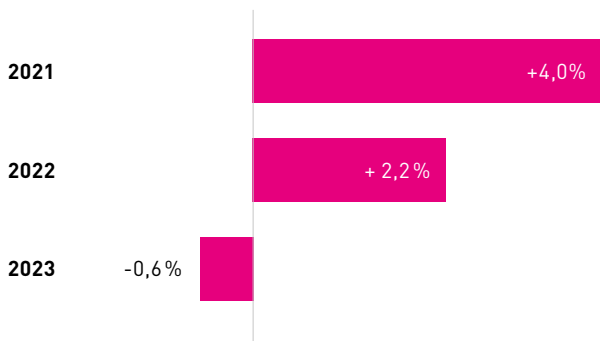


Warum Baden-Württemberg neue Impulse in der Energiepolitik braucht

Das Vertrauen der baden-württembergischen Wirtschaft in die Energiepolitik schwindet seit Jahren. In 2023 ist die Wirtschaftsleistung im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 Prozent gesunken (siehe Abb. 1). Die wirtschaftliche Situation in unserem Land ist alarmierend. Die Auftragsbücher schrumpfen und die Innovations- sowie Produktionsbedingungen verschlechtern sich zunehmend. Prognosen, die davon ausgehen, dass die Elektrifizierung des Industriesektors wirtschaftlich vorteilhaft sein wird, sind mittlerweile brüchig. Die Energiewende wird somit viel teurer und ineffizienter als

die Grünen es versprochen haben. Deshalb fordern immer mehr Unternehmen ein Umdenken und die Abkehr von der Erzählung der „bezahlbaren Energiewende“. Für uns Freie Demokraten ist der grüne Traum von einer „All Electric Society“ damit endgültig geplatzt. Der **Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg** muss jetzt oberste Priorität sein. Ein gravierendes Problem für unseren Wirtschaftsstandort ist, dass die Strompreise zu hoch sind. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene dafür ein, dass die **Förderung erneuerbarer Energien beendet wird**. Nur wenn sich die erneuerbaren Energien am **freien Markt** behaupten, sind sie echte Alternativen. **Daher darf das Ende der EEG-Vergütung im Jahr 2026 nicht durch ein neues Förderregime ersetzt**

Abb. 1: Wirtschaftsleistung in Baden-Württemberg 2021 bis 2023



oder umgangen werden. Zudem soll der Klima- und Transformationsfonds (KTF) aufgelöst werden.

Um die Energie von morgen bereit zu stellen wollen wir alle Lösungen nutzen, die uns zur Verfügung stehen. **Jede Energieform am Markt soll technologieoffen** aber ohne Subventionen genutzt werden können. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, das Kernenergie-Verbot wieder aufzuheben. Deutschland und Baden-Württemberg müssen endlich aufwachen und eine neue wirtschaftspolitische Richtung einschlagen.

Viele wichtige Transformationsaufgaben wurden im Land von Grün-Schwarz zu lange vernachlässigt, was verheerende wirtschaftliche Folgen verursacht hat. Der Mangel an Speichern, Netzen, Kraftwerken und Elektrolyseuren gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts.

Wir Freie Demokraten von Baden-Württemberg streben deshalb ein **neues und ganzheitliches Energiekonzept** an und wollen die aktuellen energiepolitischen Herausforderungen endlich angehen. Um unser Energiesystem zukunftsfester und robuster zu machen, brauchen wir einen Dreiklang aus der Steigerung von eigenen Erzeugungskapazitäten, dem konsequenten Netz- und Speicherausbau und dem Ausbau von Übertragungsnetzen. Wir müssen den Ausbau von Gas-Kraftwerken als zuverlässiges Back-

up vorantreiben, erneuerbare Energien mit intelligenten Mess- und Steuersystemen ausstatten und die Speicherkapazitäten erhöhen. Gleichzeitig darf der starke Ausbau von erneuerbaren Energien nicht das Stromnetz überlasten und lokale Blackouts verursachen. Netze müssen konsequent ausgebaut werden und neue Back-up-Kraftwerke müssen bereits vor dem Kohleausstieg bereitstehen. Wir müssen neue heimische Gasvorkommen mittels Frackings erschließen und auch in Baden-Württemberg **weltweit bewährte**

Verfahren zur Speicherung und Nutzung von CO₂ uneingeschränkt nutzen. Zudem müssen wir Finanzierungsfragen bei der Wärmewende lösen, neue Wärmequellen über Geothermie erschließen sowie unsere Gasnetze für den Wasserstoffhochlauf vorbereiten. Auch gilt es, eine integrierte Planung von Stromnetzen und Gas- bzw. Wasserstoffnetzen zu ermöglichen.

Energiepolitik neu und ganzheitlich denken

Die Transformation des Energiesystems schreitet nur langsam voran. Noch immer fehlt ein ganzheitliches Energiekonzept. Die Gründe sind vielfältig: kaum Netzausbau, fehlende Speicherlösungen, hohe Energiepreise und Unsicherheiten beim Energieimport. Rund 80 Prozent unseres Primärenergieverbrauchs stammen aus Kohle, Öl und Gas. Trotz erheblicher politischer Anstrengungen ist der Anteil der erneuerbaren Energien unter der Führung von Grün-Schwarz kaum gestiegen. Lediglich 17 Prozent unseres Energieverbrauchs stammen aus Biomasse, Windenergie und anderen erneuerbaren Energien (Abb. 2). Unter diesem Vorzeichen kann die Energiewende in Baden-Württemberg nicht gelingen. Die Konzeptlosigkeit der grün-schwarzen Landesregierung wollen wir beenden.

Im Fokus: Ohne Wachstum und privates Kapital lässt sich die Energieinfrastruktur nicht finanzieren

In Deutschland wird die Energiewende bis 2040 voraussichtlich Kosten in Höhe von 1.110 Milliarden Euro verursachen. Haupttreiber sind Investitionen in die Infrastruktur für den Bau von Strom-, Wärme-, Wasserstoff- und CO₂-Netzen. Allein der dringend benötigte Ausbau der Stromnetze wird schätzungsweise 496 Milliarden Euro kosten. Mögliche Finanzierungsprobleme müssen deshalb frühzeitig erkannt und gelöst werden. Statt neue Sondervermögen zu schaffen und die Schuldenbremse zu lockern, müssen wir private Investitionen fördern. Staatliche Gelder können gezielt in Form von Bürgschaften eingesetzt werden, wenn sich die Finanzierung vor Ort schwierig gestaltet. Gleichzeitig müssen wir unser technologisches Know-how sowie das Netzwerk an renommierten Universitäten im Bereich GreenTech bündeln und für neues Wirtschaftswachstum

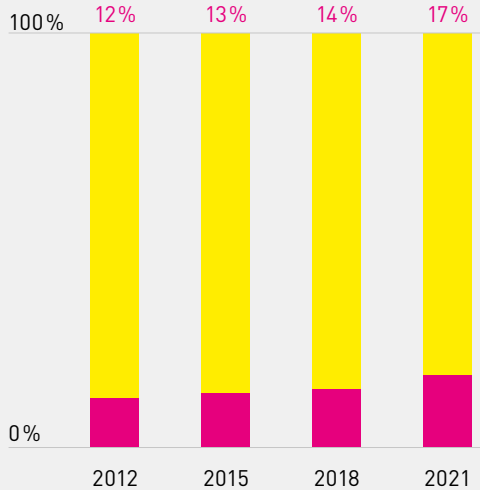


Abb. 2: Erneuerbare Energien und Konventionelle Energien

Erklärung: Der Primärenergieverbrauch bezeichnet den Energiegehalt aller im Inland eingesetzten Energieträger. Der Begriff umfasst sogenannte Primärenergieträger, wie zum Beispiel Braun- und Steinkohle, Mineralöl, Erdgas oder erneuerbare Energien wie beispielsweise Sonnenenergie, die entweder direkt genutzt oder in sogenannte Sekundärenergieträger wie zum Beispiel Kohlebriketts, Kraftstoffe, Strom oder Fernwärme umgewandelt werden.

■ Konventionelle Energien ■ Erneuerbare Energien

sorgen. Für uns Freie Demokraten sind die schwache Konjunktur und die Verlagerung von Unternehmen ins Ausland ein Weckruf. Wir müssen umdenken. Ohne Wachstum und private Investitionen können wir die Energieinfrastruktur nicht finanzieren. Und ohne eine funktionierende Energieinfrastruktur gibt es keine Wirtschaftswende.



Modernisierung der Netze für eine sichere Energieversorgung

Der Netzausbau ist eine wichtige Voraussetzung, um den Kohleausstieg zu vollziehen. Doch unter dem dritten Kretschmann-Kabinett hinkt der Ausbau der Netze dem schnellen Wachstum der erneuerbaren Energien erheblich hinterher. Daher unterstützen wir den **Ausbau der Übertragungsnetze NordWestLink und SüdWestLink**. Diese Leitungen sind entscheidend, um windreiche Regionen Norddeutschlands mit den energieintensiven Industrie- und Verbrauchszentren in Baden-Württemberg zu verbinden und eine Aufteilung in mehrere Strompreiszonen zu

verhindern. Wir als Freie Demokraten haben auf Bundesebene dafür Sorge getragen, dass den Übertragungsnetzen ein „überragendes öffentliches Interesse“ eingeräumt wurde. Zukünftig sollte dies auch auf den Ausbau von Verteilnetzen und Speichertechnologien ausgeweitet werden. Wir wollen **doppelte Geschwindigkeit beim Ausbau der Stromnetze** durch weniger Bürokratie und mehr privates Kapital erreichen. Für die Geschwindigkeit ist es außerdem notwendig, dass die Übertragungsnetze überirdisch gebaut werden, wo dies möglich ist.

Auch die Anforderungen an das **Verteilnetz auf Ortsebene** steigen durch die zunehmende Einspeisung von dezentralen erneuerbaren Energien und die wachsende Zahl an dynamischen Verbrauchern wie Wärmepumpen und Elektroautos. Der Investitionsbedarf bis 2045 wird daher auf 200 Milliarden Euro allein für das Verteilnetz beziffert. Dieser Ausbau wird überwiegend von kleineren Netzbetreibern wie Stadtwerken zu stemmen sein. Der erforderliche Zubau von Leitungen und Umspannwerken wird voraussichtlich zu einer Vervielfachung der Netzentgelte führen. Damit sich dies nicht in einem Anstieg des Strompreises niederschlägt, müssen die Netzentgelte bundesweit durch eine gerechte Umlage verteilt werden. Zudem sollten sich auch die Stromerzeuger künftig stärker an der Finanzierung der Stromnetze beteiligen. Zusätzlich müssen Anreize geschaffen werden, damit Investitionen in den Netzausbau sowie in die Netzerhaltung und -modernisierung fließen können. Daher fordern wir eine angemessene und international wettbewerbsfähige Kapitalverzinsung für Netzbetreiber.

Wir wollen die Stromkunden um bis zu 20 Milliarden Euro entlasten, unter anderem indem wir stärker auf **Freileitungen statt auf Erdverkabelung** setzen. Außerdem wollen wir die räumlichen Voraussetzungen für den Ausbau der Stromnetze schaffen, indem wir die 2-Prozent-**Flächenziele** nicht nur für den Ausbau von erneuerbaren Energien, sondern auch für Stromnetze reservieren wollen. Dadurch werden Regionen, durch die Energieleitungen verlaufen,

nicht übermäßig belastet. Um alle Teile des Energiesystems miteinander zu verbinden, sollen die Netze technologisch aufgerüstet werden („**Smart Grid**“). Damit eine vernetzte Infrastruktur in der Lage ist, den Strom in Echtzeit zu steuern, sind moderne Sensoren sowie Mess- und Regeltechnik erforderlich. In einem virtuellen Kraftwerk werden diese Technologien genutzt, um verschiedene dezentrale Energiequellen, Speicher und Verbraucher effizient zu koordinieren. Im Zusammenhang mit Smart Metern und flexiblen Stromtarifen müssen auch die Netzentgelte flexibilisiert werden. Durch die Kombination von Smart Metern und flexiblen Stromtarifen können Verbraucher ihr eigenes Verbrauchsverhalten besser analysieren und ihren Stromverbrauch gezielt auf Zeiten verschieben, in denen die Strompreise aufgrund hoher Erzeugung besonders niedrig sind. Der schleppende Netzausbau führt zu Engpässen bei Netzverknüpfungspunkten, was den Ausbau erneuerbarer Energien verlangsamt und die Kosten in die Höhe treibt. Erneuerbare-Energien-Anlagen sind an diese Netzverknüpfungspunkte angeschlossen. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, den Rechtsrahmen so zu ändern, dass Erneuerbare-Energien-Anlagen künftig nur noch 70 Prozent (statt den bisherigen 100 Prozent) ihrer Leistung einspeisen müssen. Wir schlagen außerdem vor, mehrere Anlagen gemeinsam an einem Netzverknüpfungspunkt anzuschließen und dessen Kapazität durch Überbauung optimal zu nutzen.

Gleichzeitig ist es wichtig, nicht nur auf Baden-Württemberg zu blicken. Das **europäische Stromnetz** muss kontinuierlich erweitert werden. Selbst bei einer Vervierfachung der heutigen Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien wird Baden-Württemberg voraussichtlich auf Stromimporte in Höhe von bis zu 67 Terawattstunden im Jahr angewiesen sein. Dafür wollen wir die technische Sicherung von **Stromimporten** gewährleisten. Gerade beim grenzüberschreitenden Netzausbau muss die politische Blockadehaltung beendet werden. Baden-Württemberg wird von dem europäischen Energiebinnenmarkt profitieren, wenn es bis 2030 gelingt, 10 Prozent der europäischen Erzeugungskapazität zwischen den Mitgliedsstaaten zu transportieren.

Wir Freie Demokraten wollen unsere Stromimporte weiter diversifizieren und somit unsere Versorgungssicherheit erhöhen. Dazu wollen wir die Bemühungen um Energiepartnerschaften verstärken.

Im Fokus: Einheitliche Strompreiszone erhalten und Gefahr von „Mini-Blackouts“ senken

Der Preis an der Strombörse ist für ganz Deutschland immer gleich. Das schützt die Wirtschaft vor regionalen Preisungleichheiten und stellt einen fairen Wettbewerb sicher. Baden-Württemberg profitiert besonders von der einheitlichen Strompreiszone und leistet als bedeutender Wirtschafts- und Innovationsstandort einen wesentlichen

Beitrag zum wirtschaftlichen Wohlstand. Doch seit Jahren schwelt eine Debatte um eine Aufteilung der einheitlichen Strompreiszone. Studien zeigen jedoch, dass bei einer Aufteilung im Jahr 2027 die Preise in Süddeutschland etwa zwölf Euro pro Megawattstunde (MWh) höher wären als in einer einheitlichen Preiszone. Führende deutsche Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Stadtwerke und Netzbetreiber schlagen Alarm. Auch wir plädieren für den Erhalt des Status quo auf Bundesebene und begrüßen das Bekenntnis des Wirtschaftsministeriums zur einheitlichen Stromgebotszone.

Auch Stromunterbrechungen stellen ein wirtschaftliches Risiko für unsere Unternehmen dar. Besonders unterschätzt werden Unterbrechungen von weniger als drei Minuten – sogenannte „Mini-Blackouts“, die nicht in offiziellen Statistiken erfasst werden, aber erhebliche finanzielle Schäden bei Unternehmen verursachen. Als Reaktion auf Stromschwankungen setzen immer mehr Unternehmen Notstromaggregate ein. Von politischer Seite ist es daher wichtig, die Investitionen in Energiespeicher zu verbessern und neue Stichprobenmessungen durchzuführen, um die Häufigkeit von „Mini-Blackouts“ zu ermitteln.

Turbo für die Planung und Genehmigung von Energiespeichern

Durch den massiven Ausbau stark schwankender erneuerbarer Energien vergrößert sich die Kluft zwischen Erzeugung und Verbrauch. Ohne einen erheblichen Ausbau großer Stromspeicher kann diese Lücke nicht geschlossen werden. Aufgrund der begrenzten Steuerbarkeit und fehlenden Speichern müssen erneuerbare Energien immer wieder kurzfristig abgeregelt werden. Dies führte in der Vergangenheit häufig zu negativen Strompreisen. Allein im Jahr 2023 mussten 10.479 Gigawattstunden Strom aus erneuerbaren Energien abgeregelt und entschädigt werden. Bundesweit betrachtet kann durch den sog. Redispatch die absurde Situation entstehen, dass im Norden Windanlagen abgestellt werden müssen und gleichzeitig im Süden fossile Kraftwerke ans Netz gehen, da die Übertragungskapazitäten nicht ausreichen. Die Kosten hierfür betragen 2023 knapp 3,1 Milliarden Euro. Neben der Absurdität sind diese unnötigen Kosten eine zusätzliche Last für die Volkswirtschaft. Durch **Netzausbau und den Aufbau eigener**

Erzeugungskapazitäten kann dies eingedämmt werden. Eine bezahlbare Energieversorgung ist nur möglich, wenn überschüssige Energie gespeichert und bei Bedarf genutzt werden kann, wenn Sonne und Wind nicht verfügbar sind. Die Vorteile von Energiespeichern erstrecken sich nicht nur auf Unternehmen, sondern auch auf das gesamte Stromsystem: Sie erhöhen den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung und tragen so zu höheren CO₂-Einsparungen bei. Darüber hinaus verbessern Energiespeicher die Planungssicherheit für Unternehmen und Haushalte, optimieren die Netzauslastung und schaffen neue innovative Vermarktungsmodelle für Betreiber erneuerbarer Energieanlagen.

Das **Angebot an Speichertechnologien** ist dabei vielfältig. Neben den altbewährten Speichern wie Pumpspeicherkraftwerke gibt es unter anderem elektrochemische Speicher wie Batterien, chemische Speicher wie Wasserstoff,

thermische Speicher wie Salzschnmelzen und Heißwasserspeicher sowie rein elektrische Speicher wie Supercaps.

Handlungsnotwendigkeiten für Baden-Württemberg:

Laut der aktuellen IHK-Stromstudie wird der Strombedarf in Baden-Württemberg im Jahr 2040 selbst bei einer Vervielfachung des Ausbaus erneuerbarer Energien nicht gedeckt sein. Daher wächst in der baden-württembergischen Wirtschaft die Sorge vor unzureichender Stromversorgung sowie vor Produktivitäts- und Wachstumseinbrüchen. Als Bundesland mit dem drittgrößten Primärenergieverbrauch ist Baden-Württemberg daher auf eine sichere, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung angewiesen.

Um dieses Ziel zu erreichen, besteht ein massiver Bedarf an Energiespeichern. Wir fordern die Entwicklung einer **landeseigenen Speicherstrategie**, die den kurz- bis langfristigen Bedarf an Energiespeicherkapazitäten in Baden-Württemberg prognostiziert. Zusätzlich benötigen wir marktwirtschaftliche **Anreize für neue Energiespeichertechnologien**. Planwirtschaftliche Vorgaben können die Kosten von neuen Energiespeichertechnologien hingegen nicht effektiv senken. Es müssen **vereinfachte Rahmenbedingungen** für die Umsetzung dezentraler Konzepte zur ortsoptimierten Energiegewinnung und -speicherung geschaffen werden. Dies eröffnet kommunalen und privatwirtschaftlichen Initiativen Chancen zur Selbstversorgung und den Unternehmen, die diese vernetzten Systeme technisch

weiterentwickeln, wirtschaftliche Perspektiven. Zusätzlich wollen wir den Strom aus Sonne und Wind durch die Produktion von **Wasserstoff oder E-Fuels** speicherbar und transportierbar machen. Dafür braucht es eine engere Verzahnung zwischen Produktion und Strom- bzw. Gasnetzen.

Im Fokus: Stromnetze durch Speicherlösungen entlasten

Energiespeicher entlasten das Stromnetz nicht automatisch. Auch Speicherbetreiber orientieren sich an Marktbedingungen und speisen ihre gespeicherte Energie vor allem dann ins Netz ein, wenn die Strompreise hoch sind. Während intensiver Solareinspeisung kann dies das Netz zusätzlich belasten.

Um zu verhindern, dass der Ausbau von Speichern das Problem weiter verschärft, ist eine netzdienliche Nutzung von Speichern erforderlich. Neue Speichieranlagen sollten idealerweise an netzdienlichen Standorten installiert werden, wie beispielsweise an Umspannwerken. Zudem müssen Anreize geschaffen werden, damit Speicherbetreiber ihre Energie so einspeisen, dass sie den Bedürfnissen des Netzes gerecht wird.

Wirtschaftswachstum mit Wasserstoff

Wasserstoff kann auf verschiedene Weisen produziert werden und erhält im übertragenen Sinne je nach Verfahrensweise unterschiedliche „Farben“. Die grün-schwarze Landesregierung setzt ausschließlich auf grünen Wasserstoff. Um einen zügigen Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft zu ermöglichen, müssen wir jedoch alle Wasserstofffarben nutzen.

Das globale Rennen um Wasserstoff hat begonnen. Für uns Freie Demokraten ist klar: Der Weg zur Klimaneutralität führt nur über klimafreundlichen Wasserstoff. Dieser verbrennt emissionsfrei und kann in vielen Bereichen eingesetzt wer-

Für Farbenvielfalt beim Wasserstoff!

Wasserstoff kann durch verschiedene Verfahren gewonnen werden. Je nach Verfahren wird Wasserstoff unterschiedlichen „Farben“ zugeordnet:

- › **Grauer Wasserstoff:** Erdgasreformierung ohne CO₂-Speicherung/Wasserelektrolyse mit fossilen Energien
- › **Roter Wasserstoff:** Wasserelektrolyse mit Kernenergie
- › **Blauer Wasserstoff:** Erdgasreformierung mit CO₂-Speicherung
- › **Türkisfarbener Wasserstoff:** Erdgaspyrolyse
- › **Grüner Wasserstoff:** Biomassepyrolyse/Wasserelektrolyse mit erneuerbaren Energien

den. Wasserstoff hat vielfältige Derivate und ein enormes Zukunftspotenzial. Durch die **Einspeisung von Wasserstoff ins Gasnetz** könnten bereits jetzt erhebliche CO₂-Einsparungen erzielt werden. Gasheizungen könnten weiterhin mit Wasserstoff betrieben werden, was kostspielige Sanierungen vermeidet. In der Industrie bietet Wasserstoff sowohl thermische als auch stoffliche Vorteile als umweltfreundliche Alternative zu Erdgas. **Mit etwa dreimal so viel Energie wie Benzin könnten Wasserstoff und wasserstoffbasierte Kraftstoffe eine treibende Kraft in der Verkehrswende werden.**

Mit aussichtsreichen Zukunftspotenzialen werden Wasserstofftechnologien in den kommenden Jahren stark an Bedeutung gewinnen. Allein in Baden-Württemberg wird für das Jahr 2030 ein Umsatzpotenzial von etwa 9 Milliarden Euro zugeschrieben. **Die Verfügbarkeit von Wasserstoff zählt längst zu einem zentralen Standortfaktor in Baden-Württemberg.** Wir wollen Ökonomie und Ökologie verbinden und zur Weltspitze bei Wasserstofftechnologien gehören.

Welche Mengen an Wasserstoff in Baden-Württemberg zukünftig verfügbar sein werden, hängt von den politisch mitgestalteten Rahmenbedingungen des Marktes ab. Angebot und Nachfrage stehen in einem Wechselverhältnis und können durch politische Maßnahmen situativ und strukturell beeinflusst werden. Grün-Schwarz will den



Wasserstoffhochlauf mithilfe eines Sondervermögens erreichen. Für uns Liberale ist klar, dass wir kein Jota von der Schuldenbremse zurücknehmen. Statt neue Schulden aufzunehmen, wollen wir private Investitionen anreizen und aussichtsreiche Geschäftsmodelle fördern. Ziel sollte es sein, auch kleine und mittelständische Unternehmen in Baden-Württemberg in die Wasserstoffwirtschaft zu integrieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Außerdem wollen wir erneuerbare Brennstoffe wie Wasserstoff, Biomethan und eMethan fördern. Daher setzen wir uns für den **Ausbau der heimischen Wasserstoffproduktion** ein. Mit einem technologie- und anwendungsoffenen Ordnungsrahmen wollen wir den Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft sektorübergreifend begleiten und den Aufstieg zur Weltspitze in allen Bereichen fördern. Wir Freien Demokraten wollen Planungs- und Genehmigungsverfahren von kleineren Elektrolyseur-Anlagen erleichtern.

Für eine neues, ganzheitliches Energiekonzept ist eine **funktionierende Infrastruktur** entscheidend. Die Planung des 9.700 Kilometer langen Kernnetzes für Wasserstoff tritt in die finale Phase ein. Der Südwesten Baden-Württembergs wird bei den aktuellen Plänen jedoch umgangen. Wir fordern, dass auch der Südwesten mit seiner hohen Industrie- und Innovationsdichte bei den Plänen stärker berücksichtigt wird. Die Wasserstoffbedarfsanalyse der Landesregierung wollen wir neu aufsetzen, da wir die Ergebnisse anzweifeln. Auch der Ausbau der Verteilnetze

erfordert eine Investitionsoffensive der Betreiber, um Großindustrien, Unternehmen und mehr als 21 Mio. Haushalte zuverlässig zu versorgen. Mit einem Wiederbeschaffungswert von etwa 270 Milliarden Euro stellt das Verteilnetz einen strategischen Vermögenswert dar. Auf über 550.000 Leitungskilometern versorgt das Verteilernetz rund 99 Prozent aller Gaskunden, die gasbasierte Stromerzeugung und einen Großteil der Fernwärmeerzeugung.

Wir fordern eine **koordinierte Planung des Kernnetzausbaus und des Gasnetzumbaus**, damit die Verteilnetzbetreiber ihre Netze schnell auf Wasserstoff umstellen können. Stilllegungen von Gasnetzen müssen daher mit Netzbetreibern und Kommunen sorgfältig abgestimmt und idealerweise vermieden werden. Die Umstellung der bestehenden Gasverteilnetze auf Wasserstoff, Biomethan oder andere erneuerbare Gase ist technisch zumeist ohne aufwändige Modifikationen möglich, so dass heutigen Gaskunden eine langfristig tragfähige Versorgungsperspektive geboten werden kann. Die schlussendliche Transformationsentscheidung zur Umnutzung, zum Ergänzungsneubau oder aber zur Stilllegung von Netzabschnitten sollte dabei im Sinne des Subsidiaritätsprinzips möglichst Kommunen und Netzbetreibern überlassen bleiben.

Im Fokus: Warum Baden-Württemberg eine Wasserstoff-Importstrategie braucht

Baden-Württemberg ist und wird immer ein Energieimportland bleiben. Der Bedarf der Industrie und Energiewirtschaft wird deshalb die heimischen Wasserstoffpotenziale bei Weitem übersteigen. Wir Freie Demokraten wollen den Großteil von kohlenstoffarmem Wasserstoff und Wasserstoffderivaten importieren, hauptsächlich per Schiff und Pipeline. Wir planen 80 Prozent des Wasserstoffs zu importieren und 20 Prozent durch heimische Elektrolyseure selbst zu produzieren. Zugleich gilt es überambitionierte Ziel- und Mengenvorgaben zu vermeiden und neue einseitige Abhängigkeiten beim Wasserstoffimport zu verhindern.

Mit Technologie aus Baden-Württemberg und dem Know-how unserer Ingenieure wollen wir wind- und sonnenreiche Länder bei der Wasserstoffproduktion unterstützen. Wir wollen ein Umdenken, um beim Wasserstoffhochlauf nicht den Anschluss zu verlieren. Darum fordern wir langfristige Energiepartnerschaften, die sich stärker an der Infrastruktur der jeweiligen Erzeugerländer orientieren.



Uneingeschränkte Technologieoffenheit als Schlüssel zur Versorgungssicherheit

Um die Energie von morgen bereit zu stellen wollen wir alle Lösungen nutzen, die uns zur Verfügung stehen. Jede Energieform am Markt soll technologieoffen und ohne Subventionen genutzt werden können. Habecks Kernkraft-Aus war ein Produkt grüner Ideologie. Für uns Freie Demokraten und viele Bürger in unserem Land ist völlig klar, dass der Ausstieg aus der Kernenergie falsch war. Denn angesichts anhaltender Rekordstrompreise und einer schwächelnden Wirtschaft konnte sich unser Industriestandort Baden-Württemberg den Verzicht auf konstanten und klimaneutralen Strom aus Kernenergie nicht leisten. Eine ergebnisoffene Prüfung fand weder bei der Frage der Laufzeitverlängerung noch beim endgültigen Ausstieg aus der Kernenergie statt. Bereits im November 2022 wiesen wir auf Unstimmigkeiten bei der Debatte über die Laufzeit-

verlängerung hin. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, das Kernenergie-Verbot wieder aufzuheben.

Nicht alle CO₂-Emissionen können vermieden werden. Wir Freie Demokraten folgen der Empfehlung des Weltklimarats und wollen technische **Verfahren zur Nutzung und Speicherung von CO₂** (Carbon Capture and Utilization, CCU, bzw. Carbon Capture and Storage, CCS) einsetzen. In anderen westeuropäischen Ländern bereits seit Jahrzehnten erprobt, wird das aus der Luft oder direkt bei Industrieprozessen entzogene CO₂ zu geeigneten Lagerstätten transportiert und in mehreren Kilometern Tiefe im Boden gespeichert. Nicht selten fungieren erschöpfte Erdgasfelder und tiefe salzwasserführende Gesteinsschichten als ideale CO₂-Speicherplätze. Unter dem Kretschmann-Kabinett



wurde das Thema stets abgelehnt. **Wir fordern von der Landesregierung ein klares Bekenntnis zum uneingeschränkten Einsatz von CCS und CCU.** Pipeline- und andere CO₂-Infrastruktur-Projekte brauchen politische Unterstützung und potenzielle CO₂-Lagerstätten müssen erkundet werden. Eine landeseigene Carbon-Management-Strategie muss dringend ausgearbeitet und vorgelegt werden. Wir können dieses entscheidende Thema für den Klimaschutz nicht den anderen Bundesländern überlassen.

Bis in Baden-Württemberg neue Back-up-Kraftwerke gebaut sind, setzen wir Freie Demokraten uns für den Erhalt der bestehenden Kraftwerke ein. Aus Gründen der Versorgungssicherheit darf es daher keinen abrupten Ausstieg aus der Kohleverstromung geben.

Wir fordern, dass bei den ersten Auktionen für wasserstofffähige Gaskraftwerke besonders geeignete Standorte in Baden-Württemberg berücksichtigt werden. Es ist positiv, dass zwei Drittel der neuen Kraftwerke im Süden Deutschlands gebaut werden sollen. Gleichzeitig braucht es dem Zubau von Gaskraftwerken und weiteren Flexibilitäten. Bis 2030 wird in Deutschland ein zusätzlicher Bedarf von 21 GW steuerbarer Leistung erwartet, während das Kraftwerkssicherheitsgesetz nur 10,5 GW vorschreibt. Eine Analyse von TransnetBW zeigt, dass eine ungünstige Verteilung der Kraftwerke im Süden die Netzreserve und den Bedarf an ausländischem Redispatch erhöhen könnte. Deshalb for-

dern wir für Baden-Württemberg zusätzlich 6,5 GW steuerbare Leistung. Zudem sollten Gaskraftwerke mit CCS und CCU nachgerüstet werden, wenn Wasserstoff nicht in ausreichendem Maß verfügbar ist.

Im Fokus: Gasversorgung sichern und diversifizieren

Wir Freie Demokraten wollen die Abhängigkeit von ausländischen Gasimporten durch die Förderung deutschen Erdgases sichern und diversifizieren. Erdgas leistet einen wesentlichen Beitrag zur Energieversorgung und Deutschland verfügt über erhebliche Gasvorkommen. Derzeit gibt es rund 36 Milliarden Kubikmeter Erdgasreserven, die als sicher oder wahrscheinlich förderbar gelten und weniger CO₂-Emissionen verursachen als importiertes Fracking-Gas aus den USA. Wir fordern die Erkundung und Erschließung heimischer Erdgasvorkommen, um bis zu 20 Prozent des Gasbedarfs zu decken. Technik und Methoden der Gasgewinnung

wurden in den letzten Jahren deutlich weiterentwickelt. Studien zeigen, dass „Fracking“ unter modernen Sicherheitsstandards keine relevanten Umweltschäden verursacht. Deshalb wollen wir das Verbot von Fracking aufheben. Um weitere Potenziale zu heben, müssen Dialoge mit Energieunternehmen geführt und private Anreize gesetzt werden. So werden die Abhängigkeit von Importen gesenkt, Gaspreise stabilisiert, Arbeitsplätze geschaffen und die Versorgungssicherheit gestärkt. Wir wollen „Fracking“ zur Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten (Ton-, Schiefer- und Mergelgesteine sowie Kohleflöze) ermöglichen, um unsere Erdgasvorkommen künftig nutzen zu können.



Wärmeversorgung durch Vielfalt



Da mehr als die Hälfte unseres Energiebedarfs für Wärme aufgewendet wird, setzen wir uns für eine realistische und bezahlbare Wärmewende ein. „One size fits all-Lösungen“ kann es im heterogenen Gebäudebestand nicht geben. Wir freie Demokraten von Baden-Württemberg wollen die Wärmewende durch vielfältige Transformationsoptionen erreichen. Um die Wärmeversorgung in unseren 1.101 Gemeinden zu verbessern, wollen wir **Erdwärme** besser nutzen und **Abwärme** effektiver einsetzen. Es dürfen keine neuen Pflichten für Immobilienbesitzer eingeführt werden, ohne dass die Stadt oder die Gemeinde mit einem kommunalen Wärmeplan für **verbindliche Planungs- und Investitionssicherheit** sorgen. Damit Planung und Praxis vor Ort gelingt,

müssen außerdem regionale Energieversorger und Anwohner frühzeitig beteiligt werden. Wir Freie Demokraten im Landtag von Baden-Württemberg wollen eine **Verzahnung** zwischen den Vorgaben der **kommunalen Wärmeplanung auf Landesebene und den Vorgaben des Bundes**. Die Kommunen können dann entscheiden, wie sie aus einer Vielzahl von Optionen wie Geothermie, Hackschnitzel, Wasserstoff und Biomethan wählen und nutzen wollen. Wir stehen also für echte Technologieoffenheit.

Um für faire **Fernwärmepreise** zu sorgen, wollen wir die Fernwärmeversorger zu mehr Transparenz bei der Preisgestaltung verpflichten. Das verbessert die Vergleichbarkeit und macht Preisformeln für Fernwärme-

kunden nachvollziehbar. Für den Aus- und Umbau der Wärmenetze wird in den kommenden Jahren ein erheblicher Investitionsbedarf in den baden-württembergischen Kommunen erwartet. Für die benötigten Kredite und Beteiligungen fehlten bislang Bürgschaften, so dass wichtige Investitionen ausstehen. Zu den Investoren zählen neben Kommunen, Zweckverbänden und Genossenschaften auch kleinere private Unternehmen, darunter Stadtwerke. Wir Freien Demokraten aus Baden-Württemberg fordern, dass das Land in begründeten Fällen Bürgschaften für Investitionen in Wärmenetze übernimmt.

Um künftig unabhängiger von fossilen Brennstoffen zu werden, müssen wir bei der Wärmeversorgung stärker **„Tiefe Geothermie“** nutzen. Sie bietet eine klimafreundliche, sichere und kostengünstige Wärmequelle und könnte bis zu 25 Prozent des jährlichen Wärmebedarfs im Land abdecken. Es fehlt der politische Wille der Landesregierung die Vorteile dieser Technologie konsequent einzusetzen. Für den Erfolg der Tiefen Geothermie ist es entscheidend, dass die Bevölkerung informiert wird. Beispielsweise ist der häufig bemühte Vergleich zu Stufen völlig abwegig, da es sich um eine vollständig andere Technologie handelt. Wir wollen Bürgschaften für Bohrprojekte, die unwahrscheinliche Schadensfälle über die bereits sehr hohen verpflichtenden Versicherungsleistungen hinaus absichern. So wollen wir zeigen, dass wir in die Technologie vertrauen und im Schadensfall die Bevölkerung nicht leer ausgeht.

Wir wollen außerdem eine Ombudsperson einführen, die bei vermuteten Schadensfällen zwischen Projektierern und Gebäudeeigentümern vermittelt. Wir wollen Planungs- und Genehmigungsverfahren für Bohrverfahren vereinfachen und Schäden aus Geothermie-Projekten, die über den Versicherungsschutz hinausgehen, durch Bürgschaften absichern. Zudem muss das Bundesberggesetz so reformiert werden, dass die Genehmigungsbehörden Auflagen für den Versicherungsschutz festsetzen können.

Das **Potenzial von Biomasse** muss im Wärmesektor besser genutzt werden. Holzöfen müssen in Betrieb genommen, Hürden für Biogasanlagen müssen abgebaut werden. Für die rund 1.000 Biogasanlagen im Land fordern wir vorübergehend eine Befreiung von Auflagen sowie mehr Flexibilität beim Einsatz des Stoffmixes. Da für viele Bestandsanlagen die Einspeisevergütung endet, müssen sich Anlagenbetreiber frühzeitig und eigenverantwortlich über notwendige Investitionen informieren. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, damit Ausschreibungsmengen für Biomethan auf Biogas-Ausschreibungsmengen übertragen werden, so dass insbesondere Altanlagen eine Anschlussförderung erhalten können. Gleichzeitig wollen wir die Nutzung von Biomethan stärker anreizen. Kleinere und benachbarte Biogasanlagen können über Sammelleitungen zu größeren Einheiten gebündelt und mit einer gemeinsamen Aufbereitungsanlage ausgestattet werden.

Mehr Realismus beim Ausbau von erneuerbaren Energien

In Baden-Württemberg wird immer mehr Strom aus erneuerbaren Energien wie Sonne, Wasser, Biomasse und Wind erzeugt. Im Jahr 2022 machten diese Energien 35 Prozent der gesamten Stromproduktion aus. Während der Ausbau von Photovoltaikanlagen kontinuierlich voranschreitet, steht unter der Führung der grünen Umweltministerin Walker der Ausbau der Windkraft seit drei Jahren praktisch still.

Über zwanzig Jahre lang wurde der Ausbau erneuerbarer Energien durch Subventionen finanziert. Auf Bundesebene haben die Freien Demokraten dafür gesorgt, dass seit dem 1. Juli 2022 die EEG-Umlage gestrichen wurde. Die Kosten für die Förderung erneuerbarer Energien werden seitdem aus dem Bundeshaushalt gedeckt. Die Rechnung trägt am Ende also weiterhin der Steuerzahler.

Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb auf Bundesebene dafür ein, dass die Förderung erneuerbarer Energien

beendet wird. Nur wenn sich die erneuerbaren Energien am freien Markt behaupten, sind sie echte Alternativen. Deshalb begrüßen wir die bundespolitische Einigung, dass größere Neuanlagen ab dem 1. Januar 2025 bei negativen Großhandelspreisen grundsätzlich keine Förderung mehr erhalten sollen. Außerdem muss die neue geplante Strommarktreform die Förderung erneuerbarer Energien nachhaltig effizienter machen und die Subventionsspirale dauerhaft beenden.

Nur wenn der Ausbau von Netzen und Energiespeichern gelingt, kann der Ausbau der erneuerbaren Energien wie Photovoltaik-, Windkraft- und Wasserkraftanlagen sinnvoll sein. Wir brauchen auch Erzeugungskapazitäten vor Ort, um die Strompreise langfristig zu senken.

Nutzen statt abregeln – Wasserstoff aus erneuerbarem Strom gewinnen

Als sonnenreiches Bundesland trägt die Photovoltaik mit 12,2 Prozent zur Bruttostromerzeugung in Baden-Württemberg bei und ist damit die wichtigste erneuerbare Energiequelle. Wenn die Sonne scheint und die Stromproduktion auf Hochtouren läuft, aber die Netze nicht für den Abtransport ausgelegt sind, wird der überschüssige Strom aus erneuerbaren Energien abgeregelt. Der Strom aus der eigenen Photovoltaikanlage auf dem Dach wird dann nicht ins Netz eingespeist, obwohl er verfügbar ist. Entschädigungszahlungen werden über steigende Netzentgelte finanziert, was letztlich der Stromkunde bezahlt. **Statt den Strom aus erneuerbaren Energien zu verlieren, wollen wir mit heimischen Elektrolyseuren grünen Wasserstoff herstellen.** Das entlastet die Netze und schont den Geldbeutel von Verbrauchern. Mittel- bis langfristig wollen wir im Rahmen





der Wasserstoffstrategie 20 Prozent des benötigten Wasserstoffs durch heimische Produktion decken. Dafür wollen wir den Ausbau von Photovoltaikanlagen in Kombination mit Speicherlösungen so gestalten, dass Bestandsflächen optimal genutzt werden. Grün-Schwarz treibt unter dem Deckmantel einer klima- und energiepolitischen Notwendigkeit die **Freiflächen-Photovoltaikanlagen** auf Ackerböden voran und provoziert Nutzungskonflikte mit der heimischen Landwirtschaft. Für uns gilt klar der Grundsatz, dass Photovoltaik zuerst auf Flächen, die ohnehin schon belegt sind, genutzt werden sollte. Gerade größere Parkplätze und Verkehrswege eignen sich gut für eine verstärkte Nutzung von Photovoltaik. Zusätzlich wollen wir Energieerzeugung und Landwirtschaft zusammenbringen und das Potenzial von Agri-Photovoltaik voll ausnutzen und unterstützen, indem Agri-PV-Anlagen ohne immissionsschutzrechtliche Prüfung und ohne Bebauungsplan errichtet werden dürfen. Die Flächenbegrenzungen für schwimmende Photovoltaikanlagen auf Stau- und Baggerseen müssen gelockert und die Genehmigungsverfahren standardisiert werden. Überdies streben wir an, die von der grün-schwarzen Landesregierung eingeführte Photovoltaik-Pflicht für Neubauten und Bestandsgebäude von Privaten vollständig abzuschaffen. Diese Pflicht schafft unnötige Bürokratie und Auflagen, für PV-Anlagen, die ohnehin gebaut werden. Somit entlasten wir Eigenheimbesitzer und bauen Planungs-, Investitions- und Rechtsunsicherheiten ab.

Kretschmanns Windkraftpolitik ist gescheitert

Die „grüne Windkraftpolitik“ ist gescheitert. 2021 hat Grün-Schwarz noch den Bau von 1.000 neuen Windrädern verkündet. 2023 wurde die Zielmarke beträchtlich nach unten korrigiert. Nicht 1.000, sondern 100 neue Windräder sollen nach dem Willen der Landesregierung pro Jahr ans Netz gehen. In der laufenden Legislaturperiode hat sich der Anlagenbestand jedoch nur von 761 (2021) auf 774 (2023) erhöht. Dennoch glaubt Umweltministerin Walker, eine Trendwende bei den Genehmigungszahlen zu erkennen. Aktuell gebe es 500 Windenergie-Projekte. Ein Teil sei „vorgestellt“ und ein anderer Teil befinde sich „in der Genehmigungspha-

se“, so die Ministerin. De facto sind im ersten Halbjahr 2024 jedoch nur sechs neue Anlagen hinzugekommen.

Angesichts des bescheidenen Nettowachses von nur 13 neuen Anlagen und geringen Genehmigungszahlen wollen wir die gescheiterte grün-schwarze Windkraftpolitik beenden und uns für realistischere Ziele einsetzen. Der Ausbau darf jedoch nur erfolgen, wenn er vor Ort wirtschaftlich ertragreich ist und von der Bevölkerung akzeptiert wird. Um einen sozialverträglichen Ausbau in Baden-Württemberg zu garantieren, wollen wir zusätzliche politische Vorgaben und klare Grenzen setzen.

Lokale Windenergie-Projekte dürfen nicht von oben herab gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden.

Für uns Freie Demokraten steht fest, dass es klare Grenzen geben muss: keine Umzingelung von ganzen Wohngebieten, keine unververtretbaren Eingriffe in die Natur, keine Beeinträchtigung von militärischen oder sicherheitsrelevanten Interessen, keine Schäden an Kulturdenkmälern oder privaten Immobilien und kein Übergehen der lokalen Tourismuswirtschaft. Wir wollen beim Ausbau der Erneuerbaren die **kommunale Selbstverwaltung stärken**. Die Menschen und die kommunalen Entscheider wissen am besten, ob ein Windkraftprojekt für ihre Stadt oder Gemeinde geeignet ist oder nicht. Dazu soll den Kommunen mehr Einflussmöglichkeiten auf die Projekte gegeben werden.

Im Fokus: Forst BW Green Energy GmbH stoppen und Sicherheitsinteressen schützen

Im Staatswald plant die Forst BW eigene Photovoltaik- und Windkraftanlagen zu bauen. Dafür wurde extra die Forst BW Green Energy GmbH gegründet. Angesichts des Fachkräftemangels in der Energiebranche ist unklar, woher das Staatsunternehmen das notwendige Fachpersonal für die Windenergieprojekte und die erforderliche Öffentlichkeitsarbeit gewinnen will. 200.000 Euro Kapitaleinlage wären somit verschwendet, wenn neu geschaffene Stellen bei mangelndem Erfolg möglicherweise wieder abgebaut werden. Da Staatsunternehmen regelmäßig scheitern und das nötige Know-how fehlt, fordern wir einen Stopp der Forst BW Green Energy GmbH. Es darf keine Konkurrenz zu kommunalen und privatwirtschaftlichen Unternehmen geben. Stattdessen wollen wir eine effektivere Abstimmung zwischen Forst BW, Projektierern und potenziellen Standortkommunen erreichen. Militärische Belange stellen bei Genehmigungen von Windenergieanlagen häufig eine berechnete Einschränkung dar. Seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine müssen militärische Belange beim Ausbau der Windenergie beachtet werden. Der Ausbau erneuerbarer Energien darf keine militärischen oder sicherheitsrelevanten Interessen beeinträchtigen. Konflikte zwischen Windkraftprojekten und Flugkorridoren oder Radaranlagen müssen vermieden und dürfen nur in enger Zusammenarbeit mit der Bundeswehr gelöst werden.

Zentrale Forderungen im Überblick:



- › Wir Freie Demokraten setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass die Förderung erneuerbarer Energien beendet wird. **Nur wenn sich die erneuerbaren Energien am freien Markt behaupten, sind sie echte Alternativen.** Daher darf das Ende der EEG-Vergütung im Jahr 2026 nicht durch ein neues Förderregime ersetzt oder umgangen werden. Zudem soll der Klima- und Transformationsfonds (KTF) aufgelöst werden.
- › Um alle technologischen Möglichkeiten auszuschöpfen, setzen wir uns auf Bundesebene für die Aufhebung des Verbots der Nutzung von Kernenergie ein. Aus Gründen der Versorgungssicherheit darf es zukünftig auch keinen abrupten Ausstieg aus der Kohleverstromung geben.
- › Wir schließen uns der Forderung von TransnetBW an und fordern für Baden-Württemberg zusätzliche steuerbare Leistung im Umfang von 6,5 GW.

- › Ein gravierendes Problem für unseren Wirtschaftsstandort ist, dass die Strompreise zu hoch sind. Um das zu ändern, brauchen wir einen **Dreiklang aus der Steigerung von eigenen Erzeugungskapazitäten, dem konsequenten Netz- und Speicherausbau und dem Ausbau von Übertragungsnetzen.**
- › Der grüne Traum von einer „All Electric Society“ ist geplatzt. Die Energiewende wird viel teurer und ineffizienter als die Grünen es versprochen haben. **Ohne Wirtschaftswachstum und privates Kapital lässt sich die Energieinfrastruktur nicht finanzieren.**
- › Neben den Letztverbrauchern sollten auch die Einspeiser von Strom stärker an der Finanzierung der Stromnetze beteiligt werden.
- › Wir fordern eine **koordinierte Planung des Wasserstoff-Kernnetzes und des Gasnetzbaus.** Der Südwesten Baden-Württembergs muss bei den Planungen besser berücksichtigt werden.
- › Baden-Württemberg braucht eine **Wasserstoff-Importstrategie.** Wir planen 80 Prozent des Wasserstoffs und dessen Derivate zu importieren und 20 Prozent durch heimische Elektrolyseure selbst zu produzieren.
- › **Gas- und Wasserstoffwirtschaft müssen für uns Freie Demokraten integral betrachtet und gemeinsam reguliert werden.** Die Umstellung der bestehenden Gasverteilnetze auf Wasserstoff, Biomethan oder andere erneuerbare Gase ist technisch zumeist ohne aufwändige Modifikationen möglich, so dass heutigen Gaskunden eine langfristig tragfähige Versorgungsperspektive geboten werden kann.
- › Nur wenn der Ausbau von Netzen und Energiespeichern gelingt, kann der Ausbau der erneuerbaren Energien wie Photovoltaik-, Windkraft- und Wasserkraftanlagen sinnvoll sein. Wir brauchen auch **Erzeugungskapazitäten vor Ort**, um die Strompreise langfristig zu senken. Auch die Eigenversorgung mit erneuerbarem Strom wollen wir vereinfachen, indem wir die Rahmenbedingungen für Energy Sharing verbessern und die Selbstversorgung entbürokratisieren.
- › Es darf keine **staatliche Konkurrenz zu kommunalen und privatwirtschaftlichen Unternehmen** beim Ausbau der erneuerbaren Energien geben.
- › Wir fordern die Entwicklung einer **landeseigenen Speicherstrategie**, die den kurz- bis langfristigen Bedarf an Energiespeicherkapazitäten in Baden-Württemberg prognostiziert. Zusätzlich benötigen wir **marktwirtschaftliche Anreize** für neue Energiespeichertechnologien.

- › Wir fordern von der Landesregierung ein **uneingeschränktes** Bekenntnis zum Einsatz von CCS und CCU. Wir Freie Demokraten wollen Pipeline-Projekte politisch unterstützen und potenzielle CO₂-Lagerstätten prüfen. Wir fordern eine Carbon-Management-Strategie der Landesregierung, die auch die direkte Verpressung von CO₂ von fossilen Kraftwerken ermöglicht.
- › Für den Erfolg der **Tiefen Geothermie** ist es entscheidend, dass die Bevölkerung unvoreingenommen über die Technologie informiert wird. Beispielsweise ist der häufig bemühte Vergleich zu Staufen völlig abwegig, da es sich um eine vollständig andere Technologie handelt. Wir wollen Bürgschaften für Bohrprojekte, die unwahrscheinliche Schadensfälle über die bereits sehr hohen verpflichtenden Versicherungsleistungen hinaus absichern.
- › Wir plädieren für den **Erhalt der einheitlichen Stromgebotszone**. Baden-Württemberg leistet als bedeutender Wirtschafts- und Innovationsstandort einen wesentlichen Beitrag zum wirtschaftlichen Wohlstand Deutschlands. Eine Unterteilung in mehrere Strompreiszonen lehnen wir ab.
- › Wir wollen die **Stromkunden um bis zu 20 Milliarden Euro entlasten**, unter anderem indem wir stärker auf Freileitungen statt auf Erdverkabelung setzen. Außerdem wollen wir die räumlichen Voraussetzungen für den Ausbau der Stromnetze schaffen, indem wir eine Mindestfläche nicht nur für den Ausbau von erneuerbaren Energien, sondern auch für Stromnetze reservieren wollen.
- › Um die Gefahren von Stromunterbrechungen für unsere Unternehmen zu senken und Investitionen in Energiespeicher zu verbessern, müssen neue **Stichprobenmessungen zur Ermittlung von „Mini-Blackouts“** durchgeführt werden.
- › Um das zur Verfügung stehende Energieangebot auszuweiten und Abhängigkeiten von Gasimporten zu verringern, fordern wir die **Erkundung und Erschließung heimischer Erdgasvorkommen**.
- › Um das Stromsystem bezahlbarer für Verbraucher zu machen, müssen wir die **Förderung erneuerbarer Energien auf Bundesebene beenden**. Die Prognose und Planung, der Bau und Betrieb neuer Kraftwerke muss vereinfacht werden und die Effizienz neuer Kraftwerke durch die Einbindung in die Netztransformation gesteigert werden.

- › Wir Freien Demokraten von Baden-Württemberg wollen die Wärmewende durch **Technologieoffenheit** erreichen. „One size fits all-Lösungen“ kann es im heterogenen Gebäudebestand nicht geben. Die Kommunen können aus einer Vielzahl von Optionen wie Geothermie, Hackschnitzel, Wasserstoff und Biomethan wählen.

Sie haben Fragen oder Anregungen? Wir sind für Sie da.



Frank Bonath Mdl

Sprecher für Energie, Umwelt, Finanzen,
Liegenschaften und Beteiligungen

T: 0711 2063-9200

frank.bonath@fdp.landtag-bw.de



Daniel Karrais Mdl

Sprecher für Klimaschutz und
Digitalisierung
Vorsitzender Landtagsausschuss für
Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

T: 0711 2063-9340

daniel.karrais@fdp.landtag-bw.de



Klaus Hoher Mdl

Sprecher für Naturschutz, Land-,
Wald- und Forstwirtschaft

T: 0711 2063-9330

klaus.hoher@fdp.landtag-bw.de

    fdplandtagbw

Herausgeber - Impressum:

FDP/DVP-Fraktion im Landtag Baden-Württemberg

Konrad-Adenauer-Straße 3 · 70173 Stuttgart · T: 0711 2063-9112

post@fdp.landtag-bw.de · fdp-landtag-bw.de · Stand: November 2024

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP-Fraktion. Die Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.